Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3625

01. 12. 88

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/1685 —

Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
— Drucksache 11/1759 —

Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages

A. Problem

Am 22. Januar 1963 haben Charles de Gaulle und Konrad Adenauer den Elysée-Vertrag unterzeichnet.

Mit ihm ist eine historische Wende in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik eingeleitet und die beispiellose deutsch-französische Aussöhnung, Freundschaft und Zusammenarbeit besiegelt worden. Der Vertrag gab Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland die Grundlage, als Motor des Einigungsprozesses der Demokratien im westlichen Europa zu wirken.

B. Lösung

Annahme des Antrags der Fraktion der SPD — Drucksache 11/1685 — in modifizierter Fassung und Annahme des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 11/1759.

Mehrheiten im Ausschuß

C. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/1685 — in geänderter Form und den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 11/1759 — in der vorgelegten Form anzunehmen.

Bonn, den 30. November 1988

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Stercken	**Frau Hoffmann (Soltau)**	**Voigt (Frankfurt)**	**Dr. Feldmann**	**Dr. Lippelt (Hannover)**
Vorsitzender	Berichterstatter			

Bericht der Abgeordneten Frau Hoffmann (Soltau), Voigt (Frankfurt), Dr. Feldmann und Dr. Lippelt (Hannover)

Der Deutsche Bundestag hat die Anträge der Fraktion der SPD — Drucksache 11/1685 — und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 11/1759 — in seiner 58. Sitzung am 4. Februar 1988 beraten und an den Auswärtigen Ausschuß federführend, an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft, den Verteidigungsausschuß, den Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft und den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mitberatend überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat die Anträge im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu den Protokollen vom 22. Januar 1988 zum Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit
— Drucksache 11/3258 —

am 30. November 1988 beraten.

Die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse sind der Beschlußempfehlung und dem Bericht des Auswärtigen Ausschusses als Anlagen beigefügt.

In der Aussprache über den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/1685 — erklärte sich die Fraktion der SPD einverstanden, den Absatz

„Nach dem Scheitern des EG-Gipfels von Kopenhagen (auch die Bundesregierung trifft ein erheblicher Teil der Schuld daran) haben Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung für Europa"

aus dem Text zurückzunehmen, da die Fraktionen der CDU/CSU und FDP zu erkennen gaben, daß sie dem Antrag in dieser modifizierten Form ihre Zustimmung nicht verweigern würden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DIE GRÜNEN angenommen.

Dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 11/1759 — stimmten die Fraktionen der CDU/CSU und FDP zu; der Vertreter der Fraktion DIE GRÜNEN lehnte den Antrag ab; die Fraktion der SPD enthielt sich der Stimme.

Der Auswärtige Ausschuß empfiehlt dem Deutschen Bundestag, den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/1685 — in der beschriebenen geänderten Form und den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 11/1759 — in der vorgelegten Form anzunehmen.

Bonn, den 30. November 1988

Frau Hoffmann (Soltau) **Voigt (Frankfurt)** **Dr. Feldmann** **Dr. Lippelt (Hannover)**
Berichterstatter

Anlage

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft vom 2. März 1988

Antrag der Fraktion der SPD

Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages
— Drucksache 11/1685 —

Der Ausschuß für Wirtschaft hat mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DIE GRÜNEN bei Unterstützung des Antrags durch die Mitglieder der Fraktion der SPD den Antrag abgelehnt, dem federführenden Auswärtigen Ausschuß vorzuschlagen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags der Fraktion der SPD — Drucksache 11/1685 — zu empfehlen.

Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages
— Drucksache 11/1759 —

Der Ausschuß für Wirtschaft schlägt dem federführenden Auswärtigen Ausschuß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und DIE GRÜNEN vor, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 11/1759 — zu empfehlen.

Stellungnahme des Verteidigungsausschusses vom 2. März 1988

zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages
— Drucksache 11/1759 —

Der Verteidigungsausschuß empfiehlt dem federführenden Auswärtigen Ausschuß, den Antrag anzunehmen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN gefaßt.

zum Antrag der Fraktion der SPD

Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des Elysée-Vertrages
— Drucksache 11/1685 —

Der Verteidigungsausschuß empfiehlt dem federführenden Auswärtigen Ausschuß, den Antrag abzulehnen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN gefaßt.

Stellungnahme des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vom 9. November 1988

zu dem

a) Antrag der Fraktion der SPD
Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages
— Drucksache 11/1685 —

b) Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages
— Drucksache 11/1759 —

Der Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hat einstimmig beschlossen, die Anträge — Drucksachen 11/1685, 11/1759 — zur Kenntnis zu nehmen und dem federführenden Ausschuß zu empfehlen, den letzten Satz aus dem Antrag der Fraktion der SPD („Die Tätigkeit des erfolgreich arbeitenden deutsch-französischen Jugendwerkes muß aufgewertet und ausgebaut werden.") in seine Beschlußempfehlung aufzunehmen.

Stellungnahme des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft vom 22. Juni 1988

zu dem Antrag der Fraktion der SPD

Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages
— Drucksache 11/1685 —

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion DIE GRÜNEN und gegen die Stimmen der SPD-Fraktion Ablehnung des Antrages.

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages
— Drucksache 11/1759 —

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen Annahme des Antrages in geänderter Fassung (s. Anlage).

Der letzte Spiegelstrichabsatz findet auch die Zustimmung der Fraktionen der SPD und DIE GRÜNEN.

Anlage

Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages

Vor 25 Jahren wurde der Elysée-Vertrag unterzeichnet. Damit besiegelten Charles de Gaulle und Konrad Adenauer den Beginn einer neuen Epoche zwischen Deutschen und Franzosen, für die die Grundlagen schon in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren gelegt worden waren: Nach Perioden der Feindseligkeit und

der Konflikte, insbesondere nach dem von Hitler begonnenen zerstörerischen Zweiten Weltkrieg, setzte ein Prozeß der Aussöhnung und der intensiven Zusammenarbeit ein, der das Verhältnis beider Völker zueinander von Grund auf neu gestaltete und damit beispielhaft wurde. Der Elysée-Vertrag wurde damit zur Grundlage einer unauflöslichen Schicksalsgemeinschaft.

Die deutsch-französische Freundschaft verstand sich von Anfang an nicht nur als historische Wende in den Beziehungen zwischen dem deutschen und französischen Volk, sondern als Kern und Grundlage für die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller freien Völker Europas, die willens sind, den politischen Integrationsprozeß mit dem Ziel der Europäischen Union mitzugestalten und damit dem Frieden in Europa und der Welt zu dienen.

Die deutsch-französische Partnerschaft bezieht ihre Vitalität aus der gemeinsamen europa- und weltpolitischen Verantwortung. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich bleiben aufgerufen, auf dem Weg zur Europäischen Union weiter voranzuschreiten und damit eine Pilotfunktion für alle europäischen Partner auszuüben.

Der Bundestag wolle beschließen:

— Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik den 25. Jahrestag des Elysée-Vertrages zum Anlaß genommen haben, ihre Solidarität in drei entscheidenden Bereichen zu konkretisieren und damit die Dynamik und Zukunftsorientierung ihrer Zusammenarbeit zu beweisen.

— Der Deutsche Bundestag erblickt in der Einsetzung eines deutsch-französischen Rates für Verteidigung und Sicherheit einen wichtigen Meilenstein auf dem Wege zu einer immer engeren Verzahnung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit beider Länder. Dem dient auch die Aufstellung des ersten gemeinsamen deutsch-französischen Heeresgroßverbandes.

  Die Solidarität, die zwischen den Partnern der Atlantischen Allianz besteht und zu der sich beide Länder ausdrücklich bekennen, beseitigt nicht die Notwendigkeit, zwischen den europäischen Demokratien einen besonders engen und unauflöslichen Zusammenschluß zu schaffen.

  Der Deutsche Bundestag ist überzeugt, daß das europäische Einigungswerk unvollständig bleiben wird, solange es nicht auch Sicherheit und Verteidigung umfaßt. Die Entwicklung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Identität Europas ist zugleich ein Beitrag zur Stärkung der Atlantischen Allianz.

  Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß sich die Abstimmung zwischen beiden Staaten auf alle die Sicherheit Europas angehenden Fragen einschließlich Rüstungskontrolle und Abrüstung erstrecken soll, weil eine so umfassend angelegte Politik einen wichtigen Beitrag zur Kriegsverhütung und zur Errichtung einer dauerhaften und stabilen Friedensordnung in ganz Europa leisten kann.

— Der Deutsche Bundestag würdigt die Gründung des deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrats als besondere Anstrengung, durch Schaffung eines neuen institutionellen Rahmens zur effizienteren Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken beider Länder und damit zu mehr Stabilität und Wirtschaftswachstum in Europa beizutragen. Dabei muß die geldpolitische Autonomie der Deutschen Bundesbank gewahrt bleiben.

— Der Deutsche Bundestag zeigt sich gleichermaßen befriedigt über die Einsetzung des deutsch-französischen Kulturrates und erwartet, daß damit der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich von Kunst und Kultur neuer Auftrieb verliehen wird und daß zusätzliche Anreize geschaffen werden, damit mehr Deutsche und Franzosen die Sprache des Partners erlernen. Die Begegnung von Jugend und Kultur hat fundamentale Bedeutung für die Entwicklung der europäischen Identität.

  Der Deutsche Bundestag sieht in dem Bereich Bildung und Wissenschaft ein sehr wichtiges Feld der Zusammenarbeit. Er hält es für notwendig, daß der Personen-, Informations- und Erfahrungsaustausch im Bildungswesen und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung auf hohem Niveau gesichert werden. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß ein langfristiger Aktionsrahmen für die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung vereinbart worden ist

und das Deutsch-Französische Hochschulkolleg seine Arbeit aufgenommen hat.

Im Bewußtsein der geschichtlichen Verantwortung, die Deutsche und Franzosen für die Sicherung der Lebensgrundlagen Europas und darüber hinaus haben, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, die deutsch-französische Zusammenarbeit zielstrebig fortzuentwickeln und in den Dienst der europäischen Einigung zu stellen.

Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 9. März 1988

zum

a) Antrag der Fraktion der SPD
Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages
— Drucksache 11/1685 —

b) Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages
— Drucksache 11/1759 —

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 20. Sitzung am 2. März 1988 die obigen Anträge beraten und mehrheitlich beschlossen, dem federführenden Auswärtigen Ausschuß zu empfehlen,

- den Antrag zu a) abzulehnen und
- dem Antrag zu b) mit der als Anlage beigefügten ergänzenden Entschließung zuzustimmen.

Entschließung des Umweltausschusses

Der Umweltausschuß ist der Auffassung, daß aus der EG über eine Wirtschaftsgemeinschaft hinaus auch eine Umweltgemeinschaft werden muß. Optimaler Umweltschutz setzt ein einheitliches EG-Umweltrecht auf hohem Niveau und seinen gleichmäßigen Vollzug voraus. Gemeinsame europäische Maßnahmen sind darüber hinaus auch aus Wettbewerbsgründen unverzichtbar.

Der Umweltausschuß ist überzeugt, daß der deutsch-französischen Zusammenarbeit für eine erfolgreiche Umweltpolitik in der EG eine große Bedeutung zukommt. Der Umweltausschuß fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen des Elysée-Vertrages gemeinsam mit Frankreich auf EG-Ebene für weitere Fortschritte in der europäischen Umweltpolitik zu sorgen. Auch bei der weiteren Umweltpolitik außerhalb der EG kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit große Bedeutung zu.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333